Gescheiterter Drohnenangriff in Leipzig: Die „Zeitenwende“ ist jetzt – und die Konsequenzen müssen härter sein als bisher

Sie alle kennen die gratismutigen Bekenntnisse mit bunten Kacheln in den sozialen Netzwerken, in denen „Kurt Schulze“ und „Edeltraud Meierdirks“ heldenhaft bekunden, sie persönlich seien „nicht im Krieg mit Russland“. Ich habe lange aufgehört, mich über diese Naivität, ja Dummheit, aufzuregen.

Wir alle befinden uns in einer – nennen wir es – hybriden Auseinandersetzung mit Putins Trümmerstaat. Ob wir das wollen oder nicht. Weil Russland das so will.

„Eine neue Gefahrenqualität“, nannte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) gestern Abend am Leipziger Flughafen den Fund einer Drohne mit tödlicher Sprengvorrichtung dort. Und das ist noch nett umschrieben.

Es sei unübersehbar, „dass wir es hier mit einem hybriden Anschlagsszenario zu tun haben“, so der Minister, der für unseren Schutz die Verantwortung trägt und gestern direkt nach Bekanntwerden des Anschlagsversuchs seinen Urlaub abgebrochen hat und nach Sachsen geeilt ist, um an den Sitzungen der Krisenstäbe teilzunehmen. Nebenbei bemerkt: So stelle ich mir einen verantwortlichen Politiker im Krisenfall vor. Manche gehen dann ja erstmal lieber Tennis spielen.

Die Drohne, wohl von einem Busfahrer am Flughafen entdeckt, sei *„bewaffnet mit Sprengstoff“* gewesen. Und dass feindliche Drohnen mit Sprengstoff über unserer kritischen Infrastruktur kreisen, ist tatsächlich eine neue, höchst beunruhigende Entwicklung in Deutschland. Zwar wurden im vergangenen Jahr von der Bundespolizei und anderen Behörden mehr als 1.200 Sichtungen unbekannter Drohnen registriert, aber eine massive Bewaffnung – das gab es noch nie.

Und weil die Drohne in unmittelbarer Nähe von zwei Transportflugzeugen des Typs Antonow AN-124 Condor der Ukraine herumflog, braucht man keine Glaskugel, um erahnen zu können, wer hier mit Terrorabsicht aktiv war.

+++Bitte unterstützen Sie meine publizistische Arbeit mit Ihrer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal auf das Konto @Vers 1 Medien GmbH+++

Hätte die Drohne eines der großen Transportflugzeuge getroffen und hätte die Zündtechnik funktioniert, dann hätte der Flughafen Leipzig gestern eine Katastrophe erlebt. So konnte die Bundespolizei mit ihrer „Entschärfergruppe“ Schlimmeres verhindern.

Nur der Vollständigkeit halber möchte ich erwähnen, dass noch ein anderes Flugzeug mit „einem Flugobjekt“ zusammengestoßen ist, was uns jetzt an dieser Stelle erstmal nicht weiter beschäftigt, da auch zu wenig Informationen zur vermeintlich zweiten Drohne vorliegen.

Bundesinnenminister Dobrindt ließ keinen Zweifel daran, dass der Anschlagsversuch in Leipzig „nicht

von Amateuren durchgeführt“ worden sei, sondern „sehr professionell vorbereitet“ war. Heißt: Hinter der Attacke stecken keine „Wegwerfagenten“ oder dumme Amateure. Die Terroristen seien vermutlich im Auftrag eines Staates gegen Deutschland eingesetzt worden mit einem „hohen Maß“ an Technik- und Sprengstofferfahrung: „Wir reden hier von einer professionellen, hybriden Bedrohungslage…“ Und Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) ergänzte: *„Die Gefahrenlage ist nicht mehr abstrakt, sie ist hoch“.*

Für diejenigen, die sich mit der Materie befassen, kommt diese Entwicklung nicht überraschend

Besonders Russland, aber auch China und der Iran bedrohen unsere Sicherheit seit Jahren massiv durch Spionage und Sabotage.

Sie kaufen sich in Unternehmen ein, schmieren Abgeordnete der parteiübergreifenden „Beutegemeinschaft“, denen ihr Land vollkommen egal ist, wenn es nur den eigenen Wohlstand mehrt.

Das Bundeskriminalamt (BKA) registrierte allein im vergangenen Jahr 321 Sabotagefälle in Deutschland. In den allermeisten Fällen führte die Spur schnell nach Russland, besonders zum Militärgeheimdienst GRU.

So entzündete sich im DHL-Frachtzentrum in Leipzig im Juli 2024 ein aus dem Baltikum stammendes Paket mit einem versteckten Brandsatz. Ziel war offenkundig, das Frachtflugzeug während des Fluges zum Absturz zu bringen.

Im April 2024 wurden zwei deutsch-russische Staatsbürger festgenommen, weil sie im Auftrag russischer Geheimdienste Militär- und Industrieinfrastruktur ausspionierten. Ihr Ziel war es, Sprengstoff- und Brandanschläge auf Transportwege für deutsche Militärhilfen an die Ukraine zu verüben.

Ein verheerender Großbrand zerstörte eine Werkshalle der Rüstungssparte Diehl in Berlin-Lichterfelde im Mai 2024. Obwohl zunächst von einem technischen Defekt gesprochen wurde, stuften westliche Geheimdienste den Vorfall später als eine von Russland orchestrierte Sabotageaktion ein, um die Produktion von Verteidigungsgütern (wie IRIS-T) zu schwächen. NATO-Geheimdienste hatten dazu russische Kommunikation gehackt und abgehört.

Unbekannte Täter haben im Mai 2025 in den Antrieb der im Bau befindlichen Bundeswehr-Korvette „Emden“ massenhaft Metallspäne gekippt.

Ende 2024 und im Verlauf des Jahres 2025 kam es zu mehreren Brüchen kritischer Daten- und Telekommunikationskabel am Meeresboden der Ostsee. Unter anderem stand der unter russischer Flagge fahrende Tanker „Eagle S“ im Fokus der Ermittlungen, der mit seinem Anker absichtlich fünf Unterseekabel zerstörte.

An den Bundeswehr-Standorten Köln-Wahn und Geilenkirchen (NATO-AWACS-Aufklärer) wurden Zäune durchtrennt und ein Sabotageverdacht bezüglich des Trinkwassers gemeldet, was zu zeitweisen

Sperrungen führte.

Seit Jahren führen russische Dienste massive, koordinierte Cyberattacken gegen die Zentralen von Regierungsparteien, Ministerien und Logistikunternehmen in Deutschland durch. Der Generalbundesanwalt leitete Ermittlungen ein, nachdem Bundestagsabgeordnete durch gefälschte Konten des Messengerdienstes Signal gezielt kompromittiert wurden, um sensible politische Kommunikation abzufangen.

Und so weiter, die Liste ließe sich lange fortführen

Auch wenn Rosemarie aus der Niederlausitz auf Facebook tapfer bekennt, dass Russland ihr Freund sei – Russland ist nicht unser Freund.

An der Grenze zwischen Belarus und der Europäischen Union haben erst gerade polnische und litauische Grenzsoldaten geheim angelegte Tunnel entdeckt, über die wohl vom belarussischen Regime gezielt Migranten aus Krisenregionen an den Grenzzäunen vorbei in die EU geschleust werden sollten.

Deutsche Sicherheitsbehörden haben in den vergangenen Tagen festgestellt, dass im Internet eine umfangreiche Angriffswelle mit Fake-News-Videos läuft, bei der die Täter das Design und die Original-Logos etablierter deutscher und internationaler Medienhäuser wie BBC oder ARD nutzen, um gezielt gegen Kandidaten von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linken bei den anstehenden Landtagswahlen im Herbst zu agitieren.

Auffällig ist dabei, dass Politiker von AfD und BSW konsequent ausgespart werden, die in Moskau als russlandfreundlich eingestuft werden.

Erstaunlich auch: Viele der gefälschten Videos sind in englischer Sprache verfasst. Sprachliche Muster und zahlreiche Übersetzungsfehler weisen jedoch eindeutig auf russischsprachige Urheber hin.

Konsequent gegen unsere Feinde vorgehen

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat vielen Menschen die Augen geöffnet – auch in Deutschland. Unsere Geheimdienste und die Bundeswehr erleben seit etwa zwei Jahren eine Frischzellenkur wie niemals zuvor in der bundesdeutschen Geschichte.

Die Regierung arbeitet daran, dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) deutlich mehr Kompetenzen bei der Überwachung von Finanzströmen (Kryptowährungen) und verschlüsselter Kommunikation (Telegram) zu geben. Der Echtzeit-Informationsaustausch innerhalb der *NATO Joint Intelligence and Security Division* und von Europol wird drastisch beschleunigt.

Die Deutsche Marine und die Bundespolizei benötigen mehr Schiffe, Unterwasserdrohnen und Sensorik, um Seekabel und Pipelines in der Nord- und Ostsee permanent zu überwachen und russische

„Forschungsschiffe“ lückenlos zu beschatten.

Nach dem Vorbild skandinavischer Staaten wie Finnland sollen russische Desinformationskampagnen in Echtzeit identifiziert, öffentlich demaskiert (Debunking) und soziale Netzwerke rechtlich zur sofortigen Löschung gezwungen werden.

Die deutsche Bevölkerung muss intensiv und konkret über die ständigen Angriffe aus Russland informiert und mit deutlich mehr Medienkompetenz ausgestattet werden.

Landesverrat muss härter und schneller bestraft werden

Und ganz wichtig: Das russische Spinnennetz in Parlamenten, Behörden und Unternehmen muss aufgedeckt und konsequent zerschlagen werden.

31.000 Unternehmen in den Staaten der Europäischen Union haben russische Beteiligungen: die großen Skandale um den Tengelmann-Konzern und die Wirecard-Bank sind nur die Spitze des Eisbergs.

Es bestehen nach wie vor rechtliche Hürden, konsequent gegen russische Destabilisierungsmaßnahmen und Desinformation vorzugehen.

Als Erstes muss dazu das Personal der russischen Botschaft drastisch ausgedünnt werden

Nach Artikel 9 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen (WÜDB) kann Deutschland jeden russischen Diplomaten jederzeit zur „unerwünschten Person“ erklären.

Berlin könnte das Kontingent für die maximale Anzahl russischer Botschafts- und Konsulatsmitarbeiter deutlich senken. Dies zwingt Moskau, Personal im großen Stil abzuziehen, und erschwert das Nachrücken neuer, als Diplomaten getarnter Geheimdienstmitarbeiter.

Das würde natürlich direkt symmetrische Gegenreaktionen Moskaus nach sich ziehen. Aber die russische Regierung hat ohnehin die Arbeitsmöglichkeiten unserer diplomatischen Vertretung dort stark eingeschränkt.

Im Zuge solcher Schachzüge wäre es an der Zeit, die Beziehungen zu Putins Russland ohnehin auf ein absolut notwendiges Minimum zu reduzieren. Und Nebendiplomatie von Russland-Lobbyisten im Bundestag wie Ralf Stegner (SPD) und ostdeutschen AfD-Bundestagsabgeordneten zu unterbinden, was schwer genug wäre.

Aber die Zeit des Laissez-faire ist vorbei

Das gilt zum Beispiel auch für das sogenannte *„Russische Haus für Wissenschaft und Kultur“* an der Berliner Friedrichstraße. Das ist ein wichtiges Instrument russischer Desinformation und Beeinflussung. Betrieben wird es von der russischen Staatsagentur Rossotrudnitschestwo, die auf der EU-Sanktionsliste steht. Ein Urteil des Berliner Oberverwaltungsgerichts bestätigte, dass das Haus unter die EU-

Sanktionen fällt. Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz (z. B. durch Ticketverkäufe oder Kursgebühren, die Einnahmen generieren). Über ein striktes Einfrieren aller Konten und ein Verbot jeglicher wirtschaftlicher Aktivität ließe sich der Betrieb faktisch lahmlegen.

Auch das hätte sofort eine Reaktion Moskaus zur Folge

Schließt Deutschland das Russische Haus, wird Putin das deutsche Goethe-Institut sowie deutsche Schulen in Russland schließen und deren Vermögen beschlagnahmen.

Aber ein „Weiter so!“ kann und darf es nicht geben!

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) angekündigte „Zeitenwende“ ist jetzt. Und wer Landesverrat betreibt und Sabotage verübt, der muss konsequent bekämpft werden. Viel konsequenter noch, als das bisher der Fall war.